

# Erläuterungen zu Kapitel 19 - Verbringen und Mitnahme von Waffen

## Mitnahme von Waffen oder Munition

Waffen oder Munition werden mitgenommen, wenn sie vorübergehend auf einer Reise ohne Aufgabe des Besitzes zum Zwecke der Verwendung in oder durch den Geltungsbereich des Gesetzes gebracht werden. Die Aufgabe als Gepäck stellt keinen Besitzwechsel dar (Beispiel: Jagdreise). Die grenzüberschreitende Mitnahme von Schusswaffen und Munition bedarf grundsätzlich der Erlaubnis. Die Regelung des § 32 WaffG gilt für die Mitnahme vom Ausland nach Deutschland und durch Deutschland hindurch. Erfasst sind Waffen und Munition der [Anlage 1 Abschnitt 3 \(Kategorien A 1.2 bis C\)](#) und sonstige Schusswaffen, deren Erwerb und Besitz nach deutschem Recht der Erlaubnis bedarf.

Die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis entsprechen § 4 I Nr. 1 bis 4 WaffG, d. h.

- Volljährigkeit
- Zuverlässigkeit
- persönliche Eignung
- Sachkunde
- waffenrechtliches Bedürfnis

Die Mitnahmeerlaubnis gilt nicht zwingend für einen einzelnen Vorgang. Sie kann vielmehr auch für mehrere Mitnahmevorgänge erteilt werden und kann eine Geltungsdauer von einem Jahr haben, wobei Verlängerung möglich ist. Personen, die nicht aus einem EU-Mitgliedsstaat stammen, müssen bei Mitnahme von Waffen oder Munition nach Anlage 1 Abschnitt 3 ([Kategorien A 1.2 bis C](#)) durch den Geltungsbereich des Gesetzes in einen anderen Mitgliedstaat über die vorherige Zustimmung dieses Ziel-Mitgliedstaates verfügen.

Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat der EU haben, dürfen eine Erlaubnis zur Mitnahme nur dann erhalten, wenn sie im Besitz eines europäischen Feuerwaffenpasses sind, den ihr Heimatstaat ausgestellt hat und in den die mitzunehmenden Waffen oder Munition eingetragen sind.

**Für Reisen in oder durch Staaten der EU, bei denen Waffen mitgenommen werden, ist ein Europäischer Feuerwaffenpass notwendig.**

Inhaber eines europäischen Feuerwaffenpasses können jedoch nach § 32 II WaffG waffenrechtliche Gegenstände innerhalb von EU-Staaten ohne Erlaubnis mitnehmen, wenn sie Jäger, Sportschützen oder Brauchtumsschützen sind. Jäger dürfen bis zu drei Langwaffen nebst zugehöriger Munition erlaubnisfrei mitnehmen, wenn dies nachweislich zum Zwecke der Jagd geschieht. Sportschützen dürfen bis zu sechs Langwaffen nebst zugehöriger Munition erlaubnisfrei mitnehmen, wenn dies nachweislich zur Ausübung des Schießsports geschieht (z. B. Wettkampf). Brauchtumsschützen ist die erlaubnisfreie Mitnahme von bis zu drei Einzellader oder Repetierlangwaffen [nach Anlage 1 Abschnitt 3 \(Kategorien A 1.2 bis C\)](#) zur nachweislichen (z. B. durch Einladung) Teilnahme an Brauchturnsveranstaltungen gestattet. Bei der Mitnahme ist neben dem Europäischen Feuerwaffenpass der Pass oder Personalausweis mitzuführen.

Jäger, Sport- oder Brauchtumsschützen, die in einem Drittstaat leben, können unter erleichterten Bedingungen eine Mitnahmeerlaubnis erhalten (vgl. § 32 IV WaffG). Dazu müssen die Waffen einer zugelassenen Kategorie angehören, dem Zweck der Jagd, des sportlichen Wettkampfes oder einer Brauchturnsveranstaltung dienen. Zudem müssen die Personen zuverlässig und persönlich geeignet sein.

Bei der Wiedereinreise oder Durchreise ist dann keine Erlaubnis notwendig, wenn der Mitnehmende für die Waffen und Munition eine waffenrechtliche Erlaubnis besitzt. Außerdem ist eine Erlaubnis nicht notwendig, wenn Signalwaffen und deren Munition an Bord von Schiffen aus Sicherheitsgründen mitgenommen werden (vgl. § 32 V WaffG).

## Anmelde- und Nachweispflicht bei Verbringen oder Mitnahme von Waffen oder Munition aus einem Drittstaat in oder durch den Geltungsbereich des Gesetzes (§ 33 WaffG)

Waffen, die aus einem Staat, der nicht zur EU gehört, nach oder durch Deutschland mitgenommen werden, müssen bei Grenzübertritt bei der zuständigen Überwachungsbehörde (= Bundespolizei) angemeldet und auf Verlangen vorgeführt werden. Es kann auch die Vorlage des Berechtigungsnachweises zum Verbringen oder Mitnehmen verlangt werden.

Ferner können die Transportmodalitäten durch die Bundespolizei überprüft werden.